

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
Vorlage eines Masterplans zum Breitbandausbau**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als
dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass unverzüglich ein Masterplan zum Breitbandausbau ausgearbeitet und vorgelegt wird, um u.a. die Rücklagen aus der Frequenzversteigerung für einen zielgerichteten, nachhaltigen und raschen Ausbau der Breitbandversorgung einsetzen zu können.

Begründung

Ultraschnelle Datenautobahnen sind in Zukunft entscheidende Faktoren für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich. Breitband ist als wesentlicher Teil der Infrastruktur wirtschaftlich gleichbedeutend mit öffentlichen Verkehrswegen, Energie- und Wasserversorgungsnetzen. Wir leben in einer Informationsgesellschaft, deren unabdingbare Basis für das Schaffen von Wirtschaftswachstum, ein funktionierendes schnelles und sicheres Breitbandnetz ist. Um den künftigen Herausforderungen für den Standort Oberösterreich gewachsen zu sein, ist ein Breitband-Internetzugang mit hoher Datenübertragungsrates eine Grundvoraussetzung, insbesondere für Klein- und Mittelunternehmen (KMU) in den ländlichen Regionen ist diese Infrastruktur entscheidend, hinsichtlich langfristiger Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität. Oberösterreich soll auch in Zukunft eine Spitzenposition im Wettbewerb der Regionen einnehmen.

Besonders mit der Breitbandstrategie 2020 wurden in Oberösterreich schon maßgebliche Schritte in Richtung flächendeckenden Breitbandausbau gesetzt. Rund 1,7 Mrd. Euro würde ein flächendeckender Ausbau nach aktuellen Berechnungen kosten. Ein Großteil der Kosten muss durch die bereits zugesagten Rücklagen des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, die aus dem Verkauf der Frequenzversteigerungen erzielt

wurden, beigetragen werden. Insgesamt wurden durch die Frequenzversteigerung im Oktober 2013 2,014 Mrd. Euro eingenommen, wobei 500 Mio. Euro für den Breitbandausbau vorgesehen waren. Gerade für den ländlichen Raum ist dieser Ausbau unabdingbar und alternativlos um den Standort Oberösterreich in Europa bestmöglich zu positionieren. Innovative Organisationsformen von Arbeit können nur dann zur Stärkung des ländlichen Raums als Wohn-, Wirtschafts- und Arbeitsstandort beitragen, wenn auch die Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer über eine entsprechende Breitbandanbindung verfügen. Der Breitbandausbau kann damit auch zu einer wesentlichen Erleichterung für Pendlerinnen und Pendler beitragen.

Die Freigabe der Rücklagen bedarf eines sorgfältigen Plans, damit die knappen Ressourcen bestmöglich eingesetzt werden. Das Bundesministerium ist gefordert einen solchen Masterplan vorzulegen, damit die vorhandenen Rücklagen so rasch als möglich in den Ländern ankommen und dort der Breitbandausbau intensiviert werden kann.

Linz, am 13. Mai 2014

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Hingsamer, Tausch, Csar, Priglinger, Peinsteiner, Astleitner, Schulz

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Buchmayr, Wageneder, Schwarz

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor, Müllner, Bauer, Baumgartner, Affenzeller, Weichsler-Hauer, Eidenberger, Krenn, Pilsner, Rippl

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner